

Herrn Oberbürgermeister Peter Jung

Es informiert Sie Ursula Albel
Anschrift Rathaus Barmen
42275 Wuppertal
Telefon (0202) 563 6677
Fax (0202)
E-Mail ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de
Datum 10.06.2008
Drucks. Nr. VO/0543/08
öffentlich

Antrag

Zur Sitzung am	Gremium
18.06.2008	Hauptausschuss
23.06.2008	Rat der Stadt Wuppertal

Resolution Kommunales Wahlrecht für MigrantInnen Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE vom 10. Juni 2008

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
der Rat der Stadt möge beschließen:

Der Rat der Stadt unterstützt die vom Migrationsausschuss beschlossene Resolution für ein kommunales Wahlrecht für MigrantInnen. Er „unterstützt die von der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen (LAGA) ins Leben gerufene Initiative ‚Hier, wo ich lebe, will ich wählen!‘ – eine Initiative für das kommunale Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten, die lange in Deutschland leben“.

Ebenso begrüßt der Rat der Stadt „den von CDU, CSU und SPD im Koalitionsvertrag vereinbarten Prüfauftrag der Bundesregierung für eine Grundgesetzänderung zur ‚Frage des kommunalen Wahlrechts für Ausländer, die keine EU-Bürger sind‘ (Koalitionsvertrag, S. 118, Ziffer 5766)“.

Der Rat der Stadt fordert den Landtag NRW auf, das Kommunalwahlgesetz in diesem Sinne zu ändern.

Begründung:

Die von der Landesarbeitsgemeinschaft (LAGA) der MigrantInnenvertretungen ins Leben gerufene und vom Deutschen Gewerkschaftsbund NRW, dem Landesjugendring und der Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrt unterstützte Initiative „Hier, wo ich lebe, will ich wählen“ setzt sich für das Wahlrecht für alle MigrantInnen ein, die seit mindestens fünf Jahren in Deutschland leben.

Dieses Wahlrecht ermöglicht unterhalb der Schwelle einer Einbürgerung eine politische Teilhabe und damit auch eine politische Verantwortlichkeit für die vielfältigen Belange im nahen Lebensumfeld. Großstädte, deren Bevölkerung sich zu einem Viertel bis einem Drittel aus zugewanderten Menschen zusammensetzt, können es sich auf Dauer nicht leisten, einen beachtlichen Teil ihrer EinwohnerInnen von den elementarsten Mitwirkungsrechten auszuschließen.

Aus diesem Grund schließt sich der Rat der Stadt der Resolution an.

Mit freundlichen Grüßen

Elisabeth August
Stadtverordnete

Elke von der Beeck
Stadtverordnete

Gerd-Peter Zielesinski
Fraktionsvorsitzender